

ALS DAS NEUE LAND NOCH KEINE GESCHICHTE HATTE

Politik und Wissenschaft in der Frühzeit Nordrhein-Westfalens

Überschriften sind nicht immer wörtlich zu nehmen, und sie dürfen auch einen ironischen Unterton haben. „Als das neue Land noch keine Geschichte hatte“, das wäre als Zeitbestimmung und Zustandsbeschreibung ohnehin zu ungenau, um eine Analyse zu versuchen. Selbstverständlich besaß auch das neue Land Nordrhein-Westfalen von Anfang an seine Geschichte, nur dürfte sie damals kaum jemand bewußt gewesen sein, und sie ließ sich aus mancherlei Gründen noch nicht so bald erforschen und darstellen. Die mehr philosophische Frage, ob es Geschichte erst gibt, wenn sie geschrieben ist, war insoweit aktuell, wie sie auch etwas mit den Begriffen zu tun hat. Einstweilen mußte jedoch dahingestellt bleiben, wieweit die Geschichte der älteren Territorien in die des neuerrichteten Landes hineinreichte und für dieses an Bedeutung gewinnen würde. Aber hier waren die aus der auf Rheinland und Westfalen eingestellten Landesgeschichte kommenden Widerstände nicht zu übersehen. Noch gab es kein Bedürfnis an Landesgeschichte neuerer Art, nur ein geringes öffentliches und auch kein politisches Interesse, das zu Rechtfertigung des Landes nach historischen Vorbedingungen und denkbaren Kausalitäten fragte. Für dieses geringe Interesse steht nicht nur die pauschale Festlegung, daß man andere Sorgen hatte, bezogen auf die äußeren Lebensumstände wie auf die Arbeitsmöglichkeiten. Schwerer wog, daß das neue Land ohne offizielle deutsche Beteiligung durch Besatzungsdekret gegründet worden war, was manchen noch lange daran gehindert hat, es als eine Tatsache hinzunehmen. Politisch waren selbst die ersten Landtagswahlen in den Ländern der britischen Besatzungszone am 20. April 1947 noch kein Indiz für Konsolidierung. Bei einer Wahlbeteiligung von 67,3 Prozent, die in Nordrhein-Westfalen verzeichnet wurde, sprach einiges dafür, daß die Mehrzahl der Wähler die Partei, für die sie sich entschieden, und ihren örtlichen Kandidaten gemeint hat, nicht so sehr das Land selbst, das ihnen noch wenig vertraut war.

Reserven gegenüber dem Land gab es auch bei den Politikern, so sehr ihm manche von ihnen Beginn oder Wiederaufnahme und Fortsetzung ihrer Karriere zu verdanken hatten. Schon in der letzten Phase vor der Gründung schieden sich die Geister, und die ersten Jahre waren Jahre zögernder Zustimmung. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, am 15. Juli 1946 zusammen mit Konrad Adenauer und Jakob Kaiser zur Vorunterrichtung durch die britische Kontrollkommission nach Berlin bestellt, lehnte schroff ab, weil er in dem geplanten Land eine christdemokratische Vorherrschaft befürchtete, während sich Adenauer einverstanden erklärte, was um diese Zeit aber noch nicht für die CDU im ganzen gelten konnte. Kontrovers hatten sich auch die beiden Oberpräsidenten in Düsseldorf und Münster verhalten. Robert Lehr war seit dem Frühjahr den Engländern gegenüber nachdrücklich für die Entscheidung eingetreten, die diese im Juni trafen. Rudolf Amelunxen jedoch blieb bis zuletzt ablehnend, ließ sich aber dann zum ersten Ministerpräsidenten berufen, der Lehr gern geworden wäre. In den drei Jahren der Großen Koalition lag es nicht zuletzt an Ministerpräsident Arnold und Finanzminister Weitz, daß sich weder die Landes- noch die städtischen Autoritäten bereitfanden, der Landeshauptstadt Düsseldorf eine bessere Ausstattung mit den nötigen Einrichtun-

gen bis hin zu einem bescheidenen Regierungsviertel zukommen zu lassen, in und mit dem man repräsentieren, vor allem aber rationeller arbeiten konnte. Auch als Chef der CDU-Zentrums-Kabinetts von 1950 an zeigte Arnold wenig Interesse daran, im Bundesrat über die Kohle und Stahl des Ruhrgebiets tangierende Montanunion hinaus das nach der Einwohnerzahl größte Bundesland angemessen zur Geltung zu bringen. Auffällig erscheint ein sonst eher beiläufiges Wort von Josef Gockeln, Landtagspräsident und zugleich Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, der Anfang der fünfziger Jahre einmal sagte: „Sollte der Bund nach Berlin zurückkehren, dann gehen wir nach Bonn. Denn Bonn ist der geographische Mittelpunkt eines Landes, das den Gedanken einer Rückgewinnung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier nicht aus dem Auge läßt.“ Charakteristisch ist daran weniger die Argumentation mit dem Bund, der da nach Berlin zurückkehren sollte, obwohl er gar nicht von dort gekommen war, oder der im Widerspruch zur offiziellen Landespolitik stehende Wunsch nach einer Angliederung von Koblenz und Trier. Vielmehr läßt auch die Bemerkung Gockelns darauf schließen, daß das neue Land bis zur Bereisung der Luther-Kommission 1953, die im Auftrag der Bundesregierung ein Gutachten über die Länderreform abzugeben hatte, als ein Provisorium angesehen wurde, was in der Frühgeschichte weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Parallel zur der vorläufigen Bundeshauptstadt Bonn ließe sich damit auch von der Landeshauptstadt Düsseldorf für die frühen Jahre als von einem Provisorium sprechen.

Für die bescheidenen Anfänge der Beschäftigung mit der Geschichte des jungen neuen Landes erwies sich das politische Umfeld als nicht günstig. Es waren ohnehin weniger Historiker als Politiker, die sich zuerst der Geschichte erinnerten, wenn sie sich auch außerstande sahen, den Standort des neuen Landes bereits näher zu umschreiben. Bei der Konstituierung des Ernannten Landtags am 2. Oktober 1946 bezeichnete Amelunxen die Landesgründung als einen „Wendepunkt deutscher Geschichte“, weil mit der Bildung des Landes „erste vorsichtige Schritte zur politischen Willensbildung und Selbstverantwortung unseres Volkes“ getan worden seien. Er nannte dies den dritten Versuch nach der Frankfurter Paulskirche und der Weimarer Republik, einen „gesunden, auf Gerechtigkeit und Wahrheit beruhenden Volksstaat aufzurichten“. „Wege zum Volksstaat“ hieß im Frühjahr 1947 ein Sammelband der „Staatlichen Bildungsstelle der Landesregierung“ mit Ansprachen des Ministerpräsidenten, die, soweit sie auch bei anderen Gelegenheiten auf Geschichtliches eingingen, allerdings von den älteren wie den aktuellen territorialen Tatbeständen und Entwicklungen wenig Gebrauch machten. Man würde Amelunxen aber wohl Unrecht tun, wenn man ihm nachträglich ankreiden wollte, nicht genauer formuliert zu haben, was er unter dem „Wendepunkt deutscher Geschichte“ verstand. Denn das war als politisch gemeinte Feststellung weniger auf das neue Land als allgemein auf den Wiederaufbau der Demokratie nach dem schmachvollen Ende der ersten Republik und der Herrschaft der Nationalsozialisten gemünzt.

Politiker halten sich gern an die Geschichte, wie sie sie verstehen, und zitieren sie, um sich mit ihr zu schmücken, indem sie ihre Verantwortung vor der Geschichte behaupten, noch bevor sie feststellbar geworden ist. Auf diese Weise eine historische Legitimation zu suchen, mußte freilich 1946/47 um so schwerer fallen, als die alliierten Entscheidungen über die staatliche Zukunft Deutschlands im ganzen noch ausstanden. Vielleicht hätte ein anderer Ministerpräsident noch weniger dazu zu sagen gehabt oder sagen wollen als Amelunxen, war doch das Land noch auf Jahre hinaus alles andere als populär. Von Karl Arnold ist für die Frühzeit kein

ausdrückliches Bekenntnis zu dem Land, das er regierte, bekannt, und noch wenig mehr als ein Jahr vor seinem Sturz Anfang 1956 nannte er im Vorwort zu einem ersten offiziellen Jubiläumsbuch unter dem Titel „Werkstatt Europas“ Nordrhein-Westfalen eher verlegen eine „Synthese“, um damit den Primat der Wirtschaft zu unterstreichen, die als bindende Kraft und einigende Klammer entscheidend gewirkt habe. 1954 gab die Landespressestelle eine Broschüre „Aufbau in Nordrhein-Westfalen“ heraus, die die Arbeit der Landesregierung rühmte, es sich einleitend mit den „historischen Grundlagen“ aber ziemlich einfach machte. So wurde das „Gerede von der künstlichen Neubildung“ mit der Bemerkung zurückgewiesen, die staatliche Organisation Deutschlands sei „immer durch die äußere weltpolitische Entwicklung“ beeinflusst worden. Daran war die Feststellung geknüpft: „Wenn das Gebiet Nordrhein-Westfalens auch im ganzen gesehen in der Geschichte keinen Staat für sich bildete, so haben diese Gebiete doch eine gemeinsame Geschichte erlebt, und sie stellten insofern stets eine geschichtliche Einheit dar.“ Auf ähnliche Weise übermäßig stark vereinfachend erschien auch der Satz: „In den letzten drei Jahrhunderten bildeten große Teile des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen einen gesonderten, vom übrigen Preußen getrennten, westlichen Teil der preußischen Monarchie“, weil er zeitlich zu weit zurückgriff und außer acht ließ, daß Hannover seit 1866 die Landbrücke bildete.

Die Frage, wie es die politischen Autoritäten des Landes in der Frühzeit mit seiner Geschichte hielten, betraf indirekt auch die Wissenschaft, von der Kriterien, Ergebnisse und Fortschritte zu erwarten gewesen wären. Aber Kontakte zwischen beiden kamen nur langsam in Gang, weil die Interessen unterschiedlich gelagert waren. Die politischen Parteien und ihre Landtagsfraktionen entwickelten nur ein begrenztes Verständnis für historische Perspektiven, die fast ausschließlich in der Tradition der ehemaligen Provinzen gesehen und bewertet wurden. Auch die Exekutive hielt sich zurück; ob dabei der Einfluß der westfälischen Beamten, die beim Aufbau der Landesverwaltung aus der Provinzialverwaltung in Münster übernommen worden waren, oder neuer Spitzenbeamten mit Berliner Ministerialerfahrungen aus der Zeit vor 1933 eine Rolle spielte, kann nur vermutet werden. Ein erster Versuch des Innenministeriums, die Publikation eines zeitlich weit zurückreichenden historischen Abrisses zustande zu bringen, scheiterte an dem negativen Urteil wissenschaftlicher Gutachter. Amtliche Veröffentlichungen begnügten sich, wenn eine historische Einleitung versucht wurde, mit summarischen Feststellungen wie in der Schrift von 1954, zumal sie auf Hilfestellung der Wissenschaft kaum zählen konnten. Noch Fritz Steinhoff, der Chef der ersten sozialliberalen Landesregierung, beschränkte sich ein halbes Jahr nach seiner Amtsübernahme in der Festansprache zum zehnjährigen Bestehen am 2. Oktober 1956 darauf, das Land als den Zusammenschluß dreier Räume zu bezeichnen, „die in der Geschichte bisher in dieser Form nicht zusammengehörten“.

Das änderte nichts daran, daß die Politik aus ihrer Sicht die Landesgeschichte brauchte, um die Künstlichkeit des Landes ohne historische Vorläufer in seiner territorialen Gesamtgestalt allmählich abzubauen. Aber die Historiker machten keine Anstalten, den Politikern dabei entgegenzukommen. Ihre Zurückhaltung ist auch wissenschaftsgeschichtlich von Bedeutung. Während die auf Initiative der Landesregierung 1950 gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Forschung“ Natur- und Technikwissenschaften nach Kräften förderte, um durch Anwendung ihrer Ergebnisse Spitzentechnologie zu entwickeln, was der Wirtschaft zugutekam, wurden historische und zeitgeschichtliche Fragen vernachlässigt. Daran hatte auch die Wissenschaft

ihren Anteil. Nach dem Ersten Weltkrieg war in Bonn das Institut für geschichtliche Landeskunde gegründet worden, das sich mit der verstärkten Erforschung der rheinischen Geschichte angesichts der Nach-Versailler Ambitionen Frankreichs auf die Rheinlinie auch eine nationalpolitische Aufgabe stellte. Eine Parallele dazu bildeten in den späten zwanziger Jahren die Bemühungen des westfälischen Provinzialverbandes um eine gründlichere wissenschaftliche Selbstdarstellung der Provinz. Nach dem Zweiten Weltkrieg offenbarte sich in dem anhaltenden Unwillen, mit dem nötigen zeitlichen Abstand allmählich auch das neue Land ins Auge zu fassen, die Zeitstimmung, die davon beeinflusst war, daß das Deutsche Reich mit der zweiten, durch die Nationalsozialisten herbeigeführten Niederlage staatsrechtlich aufgehört hatte zu bestehen. Auch das erschwerte es, über die Traditionen der rheinischen und der westfälischen Landesgeschichte hinaus zu einer Betrachtungs- und Arbeitsweise vorzudringen, bei der unter „Land“ eben auch dieses neue Land verstanden wurde, ohne deshalb die älteren Kategorien preiszugeben.

Mehr der älteren Landesgeschichte verhaftet war noch die große Clemens-August-Ausstellung in Schloß Brühl im Sommer 1961, der Spötter nachsagten, ihr Schirmherr Franz Meyers habe sich als später Nachfolger des „Monsieur de Cinq Églises“ geriert, hatte doch der Kölner Erzbischof-Kurfürst im 18. Jahrhundert als Territorialherr über weite Gebiete des späteren Landes Nordrhein-Westfalen geboten. Immerhin war Meyers, Ministerpräsident seit 1958, der erste, der mit dem Horionhaus, der ehemaligen Dienstvilla des rheinischen Landeshauptmanns, der Staatskanzlei ein angemessenes Gebäude verschaffte. Aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Landesverfassung, die im Sommer 1950 verabschiedet worden war, plante er die Einführung äußerlicher Symbole, mit denen er hoffte, ein Landesbewußtsein wecken zu können. Erfolg hatte er jedoch nur mit dem zufällig zustande gekommenen Kauf einer Sammlung von Bildern Paul Klees, die der Grundstock für eine Landesgalerie wurde. Was Landesorden und Großes Landeswappen betraf, so konterkarierte am meisten die FDP, die Meyers nach vier Jahren CDU-Alleinregierung 1962 zum Koalitionspartner machen mußte, die Initiativen des Ministerpräsidenten. Von Landesgeschichte war bei der Landesbewußtsein-Kampagne am wenigsten die Rede. Aber sie blieb in Erinnerung. Anfang März 1965 zitierte die Zeitung „Die Welt“ in einem Bericht über die Vorstellung eines neuen Bundes des Raumwerks Westfalen Peter Schöller, Professor für Geographie an der neuen Ruhruniversität Bochum, der erklärt hatte, da die Schaffung eines Landesbewußtseins „mit Hilfe eines Landesordens und ähnlicher Apparaturen“ zurecht Schiffbruch erlitten habe, unternähme die Düsseldorfer Regierung nun den „intelligenten Versuch, durch die Pflege wissenschaftlicher Arbeiten die Gemeinsamkeiten Nordrhein-Westfalens sichtbar zu machen“. Professor Franz Petri, Direktor des Bonner Instituts für geschichtliche Landeskunde, fügte dem Bericht zufolge aber hinzu, in vorbereitenden Besprechungen mit Vertretern der Regierung sei den Wissenschaftlern die große Gefahr erkennbar geworden, daß neben dem legitimen Wunsch der Regierung, geschichtliche Grundlagen Nordrhein-Westfalens erforschen zu lassen, die Tendenz bestehe, sogleich von rheinisch-westfälischen historischen Gemeinsamkeiten auszugehen. Die Historiker jedoch wollten rheinisch-westfälische Geschichtsforschung aus streng wissenschaftlicher Sicht betreiben. Dabei sprach sich Petri dafür aus, zuerst das Entstehen Nordrhein-Westfalens zu erforschen, wie das bereits Jahre vorher Wolfram Köhler in seinem dokumentarischen (?) Buch von 1962, „Das Land aus dem Schmelztiegel“, als erster unternommen habe. Die nächsten Etappen auf dem Weg in die Vergangenheit sollten dann die

Geschichte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets und die Entwicklung der preußischen Westprovinzen sein.

Sonst ist in der Öffentlichkeit der frühen sechziger Jahre nur wenig von Landesgeschichte neuerer Art die Rede gewesen. Am deutlichsten wurden die unterschiedlichen Standpunkte auf einer Tagung im Düsseldorfer Schloß Kalkum am 19. Februar 1965 artikuliert, zu dem der Kulturminister eingeladen hatte. Das Treffen ging nicht zuletzt auf eine Sendung mit dem Titel „Auch Nordrhein-Westfalen hat eine Vergangenheit“ zurück, die am 13. Januar 1962 im Programm des Westdeutschen Rundfunks gelaufen war. In ihr hatten Kultusminister Werner Schütz, Prof. Petri, Oberarchivrat Dr. Helmut Dahm und der CDU-Abgeordnete des Landtags, Dr. Josef Hofmann, Meinungen zum Thema geäußert. Die Bitte an den Minister, seine Auffassungen darzulegen, hatte eine umfangreiche schriftliche Ausarbeitung zur Folge, die in vollem Umfang in den Akten zu finden ist, in der Sendung wegen ihrer zeitlichen Begrenzung aber nur in Ausschnitten wiedergegeben werden konnte. Von dieser Sendung führte insofern eine gerade Linie zu dem Treffen in Schloß Kalkum drei Jahre später, als der Archivreferent im Kultusministerium, Wilhelm Classen, allen Teilnehmern Kopien des Sendetextes von 1962 auf den Tisch legen ließ. Dies veranlaßte einige der Anwesenden zu erklären, sie ließen sich nicht vorschreiben, was sie zu tun hätten, obwohl so etwas von niemand verlangt worden war. Aber die Ablehnung meinte offenbar nicht so sehr den Redakteur und Autor, sondern einen anderen Adressaten, der dahinter vermutet wurde. Allerdings wurde damit der Anschein erweckt, als habe man nur eine vage Vorstellung von der Arbeitsweise einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt, die zwar auf landesgesetzlicher Basis beruht, aber in ihrem Programm unabhängig ist. Wenn Schütz sich bei der Vorbereitung interessiert gezeigt hatte, so war weder er noch irgendein anderer Offizieller der Urheber.

Teilnehmern des Kalkumer Treffens ging es auch deshalb um die vermeintliche oder tatsächliche Gefahr staatlicher Bevormundung, weil einige von ihnen bereits Gespräche mit Regierungsstellen hinter sich hatten. Schon bald nach der Rundfunksendung von 1962 wandte sich der Kulturminister brieflich an eine Gruppe von Landesgeschichtlern und lud sie für Mitte Mai zu einem informatorischen Gespräch ein. „Die durch Walter Först vom Westdeutschen Rundfunk durchgeführte Rundfunksendung“, so hieß es da, „hat im Kultusministerium Veranlassung gegeben, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es möglich und tunlich sei, Probleme des nordwestdeutschen Raumes landesgeschichtlich nicht mehr allein vom rheinischen oder westfälischen Standpunkt, sondern darüber hinaus auch von seinem für das Land Nordrhein-Westfalen nützlichen und bestimmten Blicke zu sehen.“ Diese Formulierung findet sich schon in einem Aktenvermerk vom Februar 1962 mit dem Zusatz, die Fragestellung werde „vielleicht von gewissen westfälischen Kreisen mit Mißtrauen angesehen werden, die die Verbindung der beiden Landesteile in einem Lande nur als aus der Not zu rechtfertigende Zwecklösung ansehen“. Aber es wurde auch angeführt, in Münster habe Prälat Professor Georg Schreiber gesprächsweise bereits vor Jahren die mangelnde Aktivität des Landes beklagt, die landesgeschichtliche Forschung „aus dem alten rheinischen und westfälischen Gesichtskreis herauszuführen“. Ein informatorisches Gespräch sollte, so der Aktenvermerk, zunächst in einem sehr begrenzten Personenkreis geführt werden, und zwar „unter möglicher Abschilderung gegen Störversuche westfälischer Partikularisten“.

Dieses Gespräch kam dann auch zustande, und es bildete sich ein loser kleiner Kreis, der in der Folgezeit mehrfach zusammentrat. Gegen die Bildung einer förmlichen Kommission, wie

sie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen wurde, machten sich aber bald Widerstände bemerkbar. Sie kamen von seiten der beiden landesgeschichtlichen Institute in Bonn und Münster, die jedoch nicht etwa gemeinsam taktierten. So wies man in Bonn darauf hin, schon immer fachlich übergreifend gearbeitet zu haben und, anders als das Provinzialinstitut in Münster, „keineswegs eine von einem Landschaftsverband getragene und nach dessen Wünschen ausgerichtete Gründung“ zu sein, sondern eine reine Universitätseinrichtung. In Münster gab es insoweit Zuständigkeitsprobleme anderer Art, wie der Vorsitzende der Historischen Kommission den Vertreter des Provinzialinstituts als in gewisser eigentlich unzuständig bezeichnete und die eigene Kommission als den rechten Partner nannte, der aber bis dahin nicht hinzugezogen worden sei.

1963 nahm sich im Zusammenhang mit Beratungen über das Archivwesen auch der von Josef Hofmann geleitete Kulturausschuß des Landtags der Sache an. Ihm berichtete im Februar 1964 das Ministerium, dessen Leitung im Sommer 1962 von Werner Schütz auf Paul Mikat übergegangen war, daß die Bildung von zwei Arbeitskreisen geplant sei. Der erste sollte beratend und richtunggebend tätig werden, der zweite die Arbeiten kontrollieren und im einzelnen fördern. Eine historische Erforschung und Bearbeitung der Geschichte des Landes, meinte der Bericht, könne mit der Geschichte der Industrialisierung in den preußischen Westprovinzen einsetzen, da „die Entstehung des Ruhrreviers Voraussetzung und Anlaß für die Bildung des Landes gewesen“ sei. In der Diskussion des Kulturausschusses wurde ein energischer Vorstoß verlangt, weil man fast den Eindruck haben könnte, „als wäre die Geschichte des Landes mit einem Tabu behaftet, das nicht durchbrochen werden dürfe“. Es sei doch bemerkenswert, sagte ein Abgeordneter, daß das Land ungefähr zwanzig Jahre existiere, aber „die Geschichte dieses Landes noch keinerlei nennenswerten Niederschlag in der Historiographie gefunden habe“. Das Treffen in Schloß Kalkum war dann wohl als ein Schritt gedacht, der aus den anhaltenden Schwierigkeiten herausführen sollte. In den Akten heißt es zum ersten Mal Mitte Dezember 1964, die Initiative „geht einmal auf den Kulturausschuß, zum anderen auch auf den WDR zurück“. Gemeint waren damit weitere Sendungen, so im Frühjahr 1964 über Archivprobleme im Zusammenhang mit der Landesgeschichte.

Die Einladung zu dem Kalkumer Treffen erging an einen größeren Kreis von über 30 Teilnehmern, nämlich an die beiden Institute, die Historische Kommission Westfalens, die Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, die drei Staatsarchivdirektoren und eine Reihe von Professoren nicht nur der Geschichtswissenschaft, sondern auch des öffentlichen Rechts, der Geographie und der Sozialwissenschaften. Schon in dem Einladungsschreiben war von der Bildung eines Arbeitskreises unter Vorsitz des Kultusministers die Rede, der sich mit der Entstehung und Entwicklung des Landes sowie den geschichtlichen Beziehungen zwischen den beiden Landesteilen beschäftigen sollte; auch wurden bereits Quellenpublikationen, Dissertationen und größere Darstellungen in Aussicht genommen. Referenten auf der Arbeitsbesprechung, wie das Treffen vom 19. Februar 1965 genannt wurde, waren nach einer Einleitung des Staatssekretärs Dr. Hermann Kohlhase Franz Petri, Helmut Dahm, der einen Überblick über die schwierige Quellenlage gab, und Staatsarchivassessor Dr. Wilhelm Jansen mit einem Literaturbericht; die Texte sind später an verschiedenen Stellen veröffentlicht worden. Zum Ergebnis vermerkt das Protokoll über die Aussprache, es sei grundsätzlich nach dem „Sinn des ganzen Unternehmens“ gefragt worden, das „doch sehr den Anschein erwecke, als solle es eine unter staatlicher Bevormundung mit parlamentarischer Kontrolle entstehende

Institution zur Pflege rheinisch-westfälischer Tendenzhistorie werden“. Dies aber, so verschiedene Teilnehmer, müsse man entschieden ablehnen, denn seriöse Forschung sei Sache der bestehenden Forschungseinrichtungen, Sicherung und Erschließung der Quellen Sache der Staatsarchive. Dem hielt der freidemokratische Landtags-Vizepräsident Dr. Emil Strodt-hoff entgegen, es gehe lediglich um einen Versuch, „die Arbeiten und Ergebnisse der historischen Landesforschung zur jüngeren Geschichte der Verborgenheit gelehrter Zirkel zu entreißen, einem breiteren Publikum bekanntzumachen und öffentliches Interesse daran zu wecken“. Auch der CDU-Abgeordnete Hofmann wandte sich gegen die Furcht vor staatlichem Dirigismus und führte die Arbeitsgemeinschaft für Forschung als positives Beispiel an; bei dieser zeige die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Politikern und Wissenschaftlern, „daß in einem aus Beamten, Politikern und Wissenschaftlern gebildeten Gremium die Wissenschaft nicht zwangsläufig fremden Zwecken dienstbar gemacht würde“. Vielmehr gehe es gerade darum, die „regionalen und fachwissenschaftlichen Trennwände zwischen den einzelnen mit der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens befaßten Institutionen einzureißen“. Der Gedanke einer Anbindung an die Arbeitsgemeinschaft für Forschung wurde zwar allgemein freundlich aufgenommen, zumal diese allein über die nötigen Finanzmittel verfügte. Aber am Ende beschloß man lediglich, beim Kultusministerium ein Gremium zur Koordination zu bilden. Die Professoren Petri, Bauermann und Schöller wurden beauftragt, dem Ministerium dafür eine Vorschlagsliste einzureichen, außerdem aber auch einen Gegenentwurf zu dem Ministerialentwurf auszuarbeiten.

Dabei ist es dann, jedenfalls nach Ausweis der Akten, geblieben. Zwei Monate nach dem Kalkum-Treffen wurde diesem in einem Aktenvermerk des Kultusministeriums ein unbefriedigender Verlauf attestiert. Die Ausführungen einiger Universitätsdozenten, so hieß es da, „riefen bei einem Teil der Zuhörer den Eindruck hervor, daß dem Land Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu den alten Provinzen bzw. den Landschaftsverbänden die Berechtigung einer eigenen Traditionspflege abgesprochen werden sollte“. Das war schon deshalb eine problematische Formulierung, weil das neue Land, anders als die älteren Provinzen und historischen Räume, noch keine Tradition besaß, die zu pflegen gewesen wäre. Und Landesgeschichte lediglich unter „Traditionspflege“ einzuordnen verriet nicht gerade ein besonderes Verständnis für die neuere und die neueste Geschichte, deren Erforschung und Darstellung schon früher hätte dazu beitragen können, jenes politisch zuerst von Franz Meyers eingeforderte Landesbewußtsein zu wecken. Dem Beschluß von Kalkum entsprechend ist zwar weiterdiskutiert und beraten worden, aber auf dem Weg zu dem anvisierten Arbeitskreis kam es nur zu einem vorbereitenden Ausschuß, dessen Tätigkeit schließlich im Sande verlief. Im Juli 1965 lag ein Satzungsentwurf nun gleich für ein Kuratorium, einen Beirat und einen Forschungskreis vor, doch hieß es ein halbes Jahr später, dieses Kuratorium sollte im wesentlichen nur die nötigen Geldmittel beschaffen, während im übrigen doch zu empfehlen sei, sich der Arbeitsgemeinschaft für Forschung anzuschließen, womit das Vorhaben gegen die so gefürchteten staatlichen Eingriffe abgeschirmt werden könnte. Im Herbst 1967 war auch das wieder fraglich geworden. Nun wurde aus Münster die Bildung eines kleinen Arbeitskreises „im Schoß“ der Historischen Kommission Westfalens und der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde empfohlen. In Bonn reklamierte man daraufhin, daran müßten auch die beiden Institute beteiligt werden. Und gegen eine wohl als Kompromiß gedachte Federführung beim Hauptstaatsarchiv wandte sich wiederum eine westfälische Stimme mit dem

bemerkenswerten Zusatz: „Wenn es zu einer geschäftsmäßigen Plazierung kommen sollte, erschiene mir Düsseldorf als der ungeeignetste Ort.“

Wieweit damit die Hauptstadt oder lediglich das Hauptstaatsarchiv gemeint war, blieb offen. Tatsächlich hat Düsseldorf als Landeshauptstadt nie eine formelle politische Bestätigung von deutscher Seite erfahren, sondern ist lediglich von der Besatzungsmacht dazu bestimmt worden. Auch gibt es nicht etwa, wie in Rheinland-Pfalz zugunsten der ebenfalls von der Besatzung ausgewählten Landeshauptstadt Mainz, einen diesbezüglichen Beschluß des Landtages. Selbst bei der Formulierung der Landesverfassung klammerte dieser die Hauptstadtfrage wohlweislich aus, was man freilich andererseits als einen Beleg dafür interpretieren könnte, daß nicht mehr an eine Alternative gedacht wurde. Düsseldorf war von Anfang an nicht eigentlich strittig, wohl aber für mögliche andere rheinische Aspiranten und vor allem für westfälische Kreise unbequem. In den sechziger Jahren allerdings mußte es als nicht mehr zeitgemäß erscheinen, die Landeshauptstadt ebenso wie den Bestand des Landes im ganzen im Zweifel zu ziehen. Denn die Entwicklung hatte inzwischen längst begonnen, über solche Zweifel hinwegzugehen, ohne daß sich dafür bestimmte Daten und Ereignisse nennen ließen. Unter Entwicklung wäre hier sowohl die Konsolidierung des Landes im Verständnis seiner bei weitem nicht allein aus den früheren Landschaften und Provinzen stammenden Einwohner wie die Aktivierung seiner Geschichte, der älteren wie der Zeitgeschichte, zu verstehen.

Im Text überarbeiteter und erweiterter Vortrag auf der 7. wissenschaftlichen Wochenendtagung des Brauweiler Kreises am 12. April 1986 in Bad Waldliesborn/Lippstadt.

Benutzt wurde der Aktenbestand III B3-44-30 des Kultusministeriums, dem der Verfasser für die Möglichkeit dankt, ihn einzusehen.

Das Gockeln-Zitat ist von Gerhard Malbeck überliefert (Rheinische Post, Nr. 90, 17. 4. 1965). Zur Haltung Arnolds gegenüber dem Bundesrat in den frühen fünfziger Jahren vgl. Joachim Horn, Zwischen Bonn und Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen und der Bundesrat, in: GiW 1/87, S. 43 ff.